

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1910**

105 (11.5.1910) 2. Blatt



# Badischer Beobachter.

## Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

<p>Er erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich 2,70. In der Geschäftsstelle oder den Abzügen abgeholt, monatlich 10 Pfg. Bei der Post bestellbar und dort abgeholt 1,25, durch den Briefträger ins Haus gebracht, 1,37 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.</p>	<p><b>Beilagen:</b>  <b>„Stern und Blumen“.</b>          Einmal wöchentlich: das illustrierte Unterhaltungsblatt  <b>„Blätter für den Familiensinn“.</b>          Zweimal wöchentlich: das vierteljährliche Unterhaltungsblatt</p>	<p><b>Anzeigen:</b> Die sechspaltige Petizions- oder deren Raum 25 Pfg., Restanten 60 Pfg. Lokalanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Vermittlungsstellen an.  <b>Redaktion und Geschäftsstelle:</b> Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden).  <b>Spredstunden der Redaktion:</b> von halb 12 bis 1 Uhr mittags.</p>
<p>Notationsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia“ in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.</p>	<p>Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: Dr. Theodor Meyer; für Ausland, Nachrichtenendienst und den allgemeinen Teil: Franz Wabst; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; familiäre in Karlsruhe.</p>	<p>Verantwortlich: Für Anzeigen und Restanten: Hermann Daxler in Karlsruhe.</p>

### Badischer Landtag.

Erste Kammer.

E. Karlsruhe, 10. Mai 1910.  
13. Sitzung.

Präsident Prinz Max eröffnete um 10 Uhr die Sitzung.

Am Regierungstisch: Ministerialdirektor Göller und Regierungskommissare.

Der Präsident macht kurze geschäftliche Mitteilungen, worauf Sekretär Frhr. v. Stöckingen die neuen Eingaben anzeigt.

Darnach wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Fabrikant Engelhard berichtete namens der Budgetkommission über das Budget des Finanzministeriums: Ausgabe Titel I, Ministerium;

Titel II, Landeshauptkasse; Titel III, Hochbauwesen; Titel V, Salinenverwaltung; Titel VI, Zoll- und Steuerverwaltung; Titel VII, Minderverwaltung; Titel VIII, Allgemeine Klassenverwaltung;

Titel X, Ruhegehälter, Hinterbliebenenversorgung und Beihilfen; Titel XI, Allgemeine Fonds der Regierung für im Staatsvoranschlag nicht vorgesehene Bedürfnisse persönlicher und sachlicher Art; Titel XII, Außerordentliche Wohnungen und Beihilfen. Ein- nahme: Titel I, Salinenverwaltung; Titel III, Zoll- und Steuerverwaltung; Titel IV, Minderverwaltung; Titel V, Allgemeine Klassenverwaltung.

Die Beratung über das Budget des Finanzministeriums muß stattfinden in Abwesenheit des Leiters dieses Ministeriums: Dr. Donsell. Ich bin sicher, die Zustimmung des ganzen Hauses zu finden, wenn ich der Sympathie für diesen Mann und den Wünschen für seine baldige Wiedererhebung erneut Ausdruck gebe. Wir finden in dem vorliegenden Budget ein Bild der Lage des Budgets im anderen Jahre gehalten hat. Diese Rede hat eine Fülle von Lebens- und Staatsweisheit und enthält eine Summe von Erfahrungen, die lange für uns maßgebend sein werden. Vor allem aber ist es der Geist der Spar- samkeit, der das Budget durchzieht. Auch den Beamten des Finanzministeriums und den die dem unterliegenden Verwaltungszweigen darf der Dank für ihre gute Geschäftsführung ausgesprochen werden. Der Redner jing jedoch des Näheren auf die einzelnen Positionen der einzelnen Titel ein und gab dazu verständliche Erklärungen. Die Kommission beantragte, das vorliegende Budget in Ueber- einstimmung mit den Beschlüssen der Zweiten Kammer zu genehmigen und über dasselbe in abgeklärter Form zu beraten. Die direkten Steuern sind gegen- über dem letzten Budget mit 5919 870 Mk. höher veranschlagt. Dazu kommen durch die von den Landständen bewilligten 2 Millionen der erhöhten direkten Steuern. Gegen das letzte Budget sind

die indirekten Steuern um 290 000 Mk. niedriger veranschlagt. Wenn man die Entwicklung unserer Steuern in den letzten 10 Jahren vergleicht, findet man, daß in diesem Zeitraum die direkten Steuern um 104 Prozent, die indirekten Steuern nur um 22,5 Prozent gestiegen sind. Bei Beratung dieses Budgets hat sich das andere Haus mit einer Reihe Fragen beschäftigt, u. a. auch mit der Entschädigung der durch die neue Feuersteuer steuerlos werdenden Brauereiarbeiter. Es wurde vom anderen Hause eine Resolution angenommen, welche diese Unter- stützung auspricht. Ihre Kommission konnte diesem Beschlusse nicht beitreten, sie billigt vielmehr den von der Regierung in dieser Frage vertretenen Stand- punkt.

Ministerialdirektor Göller: Dem Berichterstatter möchte ich besonderen Dank sagen für die warmen Worte, mit denen er des Herrn Finanzministers ge- dacht hat. Ich danke ihm auch für die Anerkennung, welche er der Tätigkeit der Beamten des Finanzministeriums und die er der Zoll- und Steuerverwaltung zollte. Es muß hervorgehoben werden, daß gerade im letzten Jahre von der Steuer- und Zollverwaltung schwierige Aufgaben zu bewäl- tigen waren infolge der Durchführung der Reichs- finanzreform. Es wurde dieser Verwaltung dadurch ein hohes Maß der Arbeitsleistung zugemutet, dem sie gerecht zu werden verstand. Der Berichterstatter hat Bedenken gegen die hohen Steuerabgänge ausge- sprochen. Zu einer pessimistischen Auffassung liegt ein Anlaß nicht vor, denn es stehen diesen Abgängen auch Steuerzugänge gegenüber. Es wurde auch die Frage der Schaffung einer Staatslotterie kurz ge- streift. Diese Angelegenheit wurde von der Regie- rung schon geprüft. Es sind aber noch gründliche und recht sorgfältige Erwägungen darüber anzustellen, welche Wege hier zu gehen sind. Deshalb muß ich bitten, der Regierung freie Hand zu lassen.

Sämtliche Budgettitel fanden hierauf Annahme.

Frhr. v. Wöcklin erbatte sich dann für die Budget- kommission Bericht über: a) das Spezialbudget der Obergerichtskammer für 1910 und 1911; b) die Denkschrift der Berechnungskammer über die Er- gebnisse der Rechnungsabfuhr in den Geschäftsjahren 1907/08 und 1908/09; c) die Rechnungen der Ober- rechnungskammer für die Jahre 1907 und 1908. Die Kommission be- erklärt, daß die Kammer von der Denkschrift Kenntnis genommen und beanstandende Anmerkungen zu derselben nicht zu machen hat; aus- zurprechen, daß bezüglich der Rechnungen der Ober- rechnungskammer Entlastung erteilt wird.

Dem Antrage wurde ohne Debatte zuge- stimmt.

Frhr. von la Roche berichtete namens der Budget- kommission über den Gesetzentwurf, die Änderung des Gesetzes über das Wohnungsgeld betr., nebst vier bezüglichen Petitionen von den Beamten in

Mannheim, Tauberbischofsheim, Schopfheim und Landa. Die erste Petition wünscht eine Erhöhung des Wohnungsgeldes, die drei anderen Petitionen die Einreihung in eine höhere Ortsklasse. Die Kom- mission stellt den Antrag, das Gesetz in Uebererein- stimmung mit den Beschlüssen der Zweiten Kammer anzunehmen, über die Petition Mannheim zur Tagesordnung überzugehen, die übrigen Petitionen der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen.

Frhr. von Stöckingen: Vor zwei Jahren habe ich bei Beratung der Inhaltsordnung die Frage der Differenzierung der Bezüge der verheirateten und nichtverheirateten Beamten aufgeworfen. Es wurde damals nicht mit Unrecht hervorgehoben, daß die Leistungen der Beamten zu honorieren seien und da- her eine Differenzierung nicht angebracht sei. Nun habe ich damals angeregt, diesen Gedanken bei einer Abänderung des Wohnungsgeldgesetzes zu berück- sichtigen, da die verheirateten Beamten und die, welche einen eigenen Hausstand haben müssen, höhere Aufwendungen für die Wohnungen machen müssen, als die Unverheirateten und die ohne eigenen Hausstand. Weder ist dieser Anregung in diesem Gesetze nicht Rechnung getragen. Es scheint mir billig, daß die Verheirateten ein höheres Wohnungs- geld erhalten. Es kann das ohne besondere Kosten geschehen, indem man den verheirateten Beamten einen höheren Prozentsatz am Wohnungsgeld gibt, als den Nichtverheirateten.

Bürgermeister Biernebel nahm sich um die in den Petitionen Tauberbischofsheim und Landa niedergelegten Wünsche an und ersuchte die Regie- rung, denselben Rechnung zu tragen.

Ministerialdirektor Göller legte die Motive des Gesetzes dar und betonte dabei, daß die Petenten von einer falschen Auffassung ausgehen. Sie sind der Ansicht, daß das Wohnungsgeld den Wohnungs- aufwand voll decken soll. Das ist nicht richtig; das Wohnungsgeld ist, wie in den anderen deutschen Staaten, ein Beitrag zum Wohnungsaufwand. Die Regierung ist daher nicht in der Lage, den Wün- schen der Petenten zu entsprechen. Frhr. v. Stöckingen hat die Differenzierung des Wohnungsgeldes für verheiratete und nichtverheiratete Beamte gewünscht. Diese Frage ist schon erörtert worden, man kann aber zu einer Vereinerung derselben. Es stehen einer solchen Differenzierung gewichtige Bedenken entgegen. Trotzdem kann nochmals in eine Prü- fung der Sache eingetreten werden.

Geht, Rat Dr. Hübsch trat für die Wünsche der Mannheimer Beamten ein. Er ersuchte die Regie- rung, den Verhältnissen in Mannheim ihre Beachtung zu schenken und den Gedanken einer Ortszulage für die Mannheimer Beamten nicht dauernd von der Hand zu weisen.

Der Gesetzentwurf, sowie die Anträge der Kommission wurden hierauf angenommen.

Es berichtete hierauf namens der Petitions- kommission

Frhr. von la Roche Bericht über die Petition- en:

a) des Kanzleiaffizienten Georg Singsler bei Groß- forst- und Domänenverwaltung um Einreihung unter J 3 b des Gehaltstarfs;

b) der technischen Assistenten und Hochbauassisten- ten der Eisenbahnverwaltung um Ausgleich der beim Vollzug des Beamtengesetzes unterlaufenen Härten;

c) des Landesvereins badischer Schaffner um Besserung ihrer Lage.

Bezüglich sämtlicher Petitionen ging der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung.

Das Haus beschloß ohne Debatte in diesem Sinne. Frhr. von Stöckingen berichtete für die Kommissi- on für Eisenbahnen und Straßen über die Petiti- on der Gemeinde Tiengen um Errichtung einer Bahnhofsgebäude in Tiengen.

Die Kommission beantragte Ueberweisung zur Kenntnisnahme.

Dem Antrag wurde ohne Debatte zugestimmt und darnach die Sitzung geschlossen.

Nächste Sitzung: Samstag, 21. Mai, vorm. 10 Uhr Tagesordnung: Budgetberatungen; Petitionen.

### Zweite Kammer.

78. öffentliche Sitzung.  
B.Z.K. Karlsruhe, 10. Mai 1910.

Präsident Rohrbach eröffnete die Sitzung um 9 Uhr 20 Min. Am Regierungstisch: Minister von Marzahn, Generaldirektor Roth, Ministerialdirektor Schug und Kommissare. Die Tribünen sind schwach besetzt.

In der Spezialberatung des Budgets der Be- triebsanstalten erhält das Wort der Titel Eisenbahn- betriebsverwaltung

Abg. Vogel-Mannheim (fortf. Abt.). Er ver- tritt die Wünsche des Personals bezüglich des freien Feiertags. Die Betriebs- und Bauinspektion sollten vereinigt werden; dadurch könnte viel Personal er- spart werden. Zu meinem großen Erstaunen habe ich bemerkt, daß Beamte auf dem neuen Rangier- bahnhof in Mannheim nachts 12 Stunden Dienst haben, ohne abgelöst zu werden.

Abg. Kahn (Soz.) bringt Schwelinger Fahrplan- wünsch vor. Die Arbeiter kommen beim jetzigen Fahrplan in der Frühe um 1 Stunde zu früh auf ihre Arbeitsstätte. Ein weiterer Wunsch betrifft die Errichtung einer Haltestelle beim nördlichen Stadt- teil in Schwelinger.

Abg. Schmid-Singen (natl.): Die Industrie in Singen hat wiederholt Wünsche an die Betriebs- inspektion Konstanz gerichtet um Verlegung der Ar- beiterzüge. Jetzt müssen die Arbeiter 2 Stunden

### Kirchliche Nachrichten.

**Darmstadt.** Als Pfarrverweser kommt hierher der bisherige Herr Kaplan B. Hoffmann von der Unteren Pfarrei in Mannheim.

Die Inveitur des Herrn Pfarrers Marzert in seiner neuen Pfarrei Randsbüchsen findet am Pfingst- montag statt.

**Gemeinschaftliche Exerziten im Exerziten- haus zu Feldkirch.** 1. Halbjahr 1910: Vom 13. bis 17. Juni für Priester. Vom 25. bis 29. Juni für Exerziten aus gebildeten Ständen.

2. Halbjahr 1910: Für Priester: Vom Abend des 16. Juli bis zum Morgen des 22. Juli. Vom Abend des 23. Juli bis zum Morgen des 29. Juli. Vom Abend des 1. August bis zum Morgen des 5. August. Vom Abend des 16. August bis zum Morgen des 20. August.

Vom Abend des 5. September bis zum Morgen des 9. September. Vom Abend des 12. September bis zum Morgen des 16. September. Vom Abend des 19. September bis zum Morgen des 23. September.

Vom Abend des 3. Oktober bis zum Morgen des 7. Ok- tober. Vom Abend des 17. Oktober bis zum Morgen des 21. Oktober. Vom Abend des 24. Oktober bis zum Morgen des 28. Oktober. Vom Abend des 14. Nov. bis zum Morgen des 18. November.

Für Herren aus gebildeten Ständen: Vom Abend des 12. August bis zum Morgen des 16. August.

Für Akademiker und Studenten der drei oberen Klassen: Vom Abend des 6. August bis zum Morgen des 10. August. Vom Abend des 27. August bis zum Morgen des 31. August.

Für Studenten der fünf obersten Klassen (3. bis 1.): Vom Abend des 22. August bis zum Morgen des 26. August.

Für Lehrer: Vom Abend des 26. September bis zum Morgen des 30. September. Vom Abend des 10. Oktober bis zum Morgen des 14. Oktober.

Für Herren: Vom Abend des 31. Oktober bis zum Morgen des 4. November.

Für Jünglinge: Vom Abend des 5. November bis zum Morgen des 9. November.

Anmeldungen bezw. Abmeldungen wolle man frühzeitig an P. Minister im Exerzitenhaus in Feld- kirch vorbringen.

Feldkirch, den 1. Mai 1910.

Dr. Dom. Am 4. März d. J. starb in Jesi in Italien P. Dr. Franziskus Cenci, Titularbischof von

Spollonia, O. M. Cap., seiner Zeit einer der berühmtesten Kanzelredner Italiens. Am 19. Januar 1829 in Loreto geboren, trat er im Alter von 16 Jahren zu Camerino in den Kapuzinerorden ein. Er war hernach zuerst eine Reihe von Jahren Professor der hl. Schrift und Kirchengeschichte am Lyceum in Nossi und Subalbi-Examinator. Zu den 70er Jahren besonders verdiente sich sein Ruf als großer Prediger. Alle größeren Städte Italiens haben ihn auf ihren Kaminen, Ancona, Florenz, Mailand, Neapel, Palermo, Perugia, Rom, Trieste u. a. Am 10. Juni 1881 wurde er von Paps Leo XIII. zum apo- stolischen Palastprediger in Rom ernannt. Nachdem er dieses schwierige Amt 13 Jahre rühmlichst versehen hatte, wurde er, der bereits Konfessor verschiedener päpstlicher Kongregationen war, am 20. Juli 1894 von Paps Leo XIII. zum Titularbischof von Spollonia ernannt. Auch als solcher blieb er der bescheidenen Ordensmann. Er trug wie früher keinen Ordenshabit, den er oft mit eigener Hand flichte, und führte mit seinen Mitbrüdern das gemeinschaftliche häusliche Leben, zuerst in Rom im Kollegium des heiligen Fidelis, dann später in seiner Heimatprovinz zu Jesi und Ostia. Er lebte nur mehr dem Gebete und dem Studium, nahm jedoch alle, die ihn etwa besuchten, mit großer Freundschaft auf und er- gößte sie durch eine angenehme Unterhaltung. Meiner gina aus der armen Hülle des Bischofs, ohne sich erbaut zu haben. — Nach kurzer Krankheit starb er als 81jähriger Geis. R. I. P.

ca. Gegen Professor Dr. v. Anville wird wegen seines Uebertrittes zur katholischen Kirche weitergeklagt. Bisher sind neben zahllosen Angriffen in der Presse und in Versammlungen die Professoren „Kornhuber zum Glanz“ von Mainz, ein bestimmter Artum und sein Diener von Klingelhof und „Am Banne Rom“ von dem früheren katholischen Pfarrer Reute erlitten. Die erste dieser Profokuren, die sämtlich Professor v. Anville wegen seines Uebertrittes angehen, wurde durch Dr. Weinhold-Wien in seiner Schrift „Was lehrt uns der Uebertritt v. Anvilles?“ (Walthers, Berlin) bereits gründlich abgetan. Man kann Herrn v. Anville nur Recht geben, wenn er sich in seiner stillen Gelschternarbeit durch alle diese Angriffe nicht stören läßt, sondern sie vornehm ignorieren. Die endlose Aus- einanderziehung mit voreingenommenen Gegnern würde natürlich resultatlos verlaufen.

### Literarisches.

Die „Apologetische Rundschau“, das Organ der Zentral-Ausstattungsstelle der katholischen Presse in Köln.

Karolingerring 8 (Herausgeber: Dr. theol. und phil. Karl Maria Kaufmann) enthält in der Mai-Nummer (Jhg. V. Nr. 8)

wieder eine Reihe interessanter und aktueller Abhandlungen. Der Leitartikel „Bischof von Mainz“ ist ein sehr wertvolles und tiefgehendes Werk über die Geschichte der Kirche in Mainz und die Stellung des Bischofs in der Kirche.

Dr. Engelmann-Bonn gibt eine interessante Zusammenfassende sachliche Literatur-Uebersicht über die wichtigsten neueren theologischen Werke. Univ. Prof. Dr. Engelmann-Bonn unterrichtet in einem Artikel „Gegen die in letzter Zeit wieder in der kirchlichen Presse auftretenden Gesichtsweisen über „Sterbende Bäume““

wendet sich in feierlicher, sachlicher Weise ein rühmlicher Gelehrter, Professor, zu erwählen wäre noch der sehr aktuelle Artikel von Dr. Walter Ulrich-Wien über den dritten deutschen Hochschullehrer. Dazu kommt das sehr reichhaltige „Kunst- und Abwehrmaterial“, das die „Apologetische Rundschau“ auf Grund der Ermittlungen der G. A. bietet.

Alles in allem können wir diese Monatschrift nur aufs beste empfehlen. Durch Abonnement auf die „Apologetische Rundschau“ unterstützt man gleichzeitig die für die gegenwärtige Zeit so notwendige Zentral-Ausstattungsstelle der katholischen Presse (G. A.). Der geringe Abonnementpreis (jährlich 12 Hefte zu Mk. 3.40 inkl. Porto) ermöglicht jedem gebildeten Katholiken die Anschaffung dieser für die Verteidigung unserer religiösen Ueberzeugung so nützlichen und dabei frisch geschriebenen Zeitschrift.

### Kleines Feuilleton.

Der große Friedrich und der Jesuitengeneral. Zwei bisher unbekannt Briefe von Laurentius Ricci, General der Gesellschaft Jesu, an den König von Preußen aus den letzten Jahren vor der Aufhebung des Ordens, durch einen kurzen historischen Rückblick passend eingeleitet, kommen zur Mitteilung im Aprilheft der „Stimmen aus Maria-Laach“ (Freiburg, Herder, jährlich 10 Hefte, Preis für den Jahrgang 12 Mk.). Was in diesen Stücken übersehen ist, ist nicht nur die warme Dankesäußerung für erfahrene Guts, sondern mehr noch das weitgehende Vertrauen, die großen Hoffnungen, die der vielangesehene Orden damals auf die Persönlichkeit des gezeigten Preußenkönigs gesetzt hat. Es ist derselbe Einbruch, den auch die bei Lehmann (Preußen) und die katholische Kirche

seit 1640, 7 Bde., 1878—1894) größtenteils veröffent- lichte Korrespondenz zwischen Friedrich II. und den Jesuitengenerälen erwecken mußte. Friedrich II. als ausgesprochener Freigeist hatte gewiss keinen Anlaß zu persönlicher Voreingenommenheit für den Jesuitenorden. Ungezügliche Liebe oder Aufopferung aus hoher Mitleid- lichkeit für eine ihm ferne lebende religiöse Körperschaft wird man von einem Realpolitiker gleich ihm überhaupt nicht erwarten. Um so mehr fällt ins Gewicht, daß Friedrich als Mann von Geist und weitem Blick über die vulgären Vorurteile sich erhob und daß er als Staats- mann wie Regent durchaus seinen Nachteil darin er- kannte, eine so weitverbreitete und einflussreiche Korpo- ration in seinen Staaten vertreten zu sehen und zum Vertrauen und zur Dankbarkeit sich zu verpflichten. Unter diesen Gesichtspunkten kommt den betreffenden Stücken der Lehmannschen Publikationen eine Wichtigkeit zu, die bei weitem nicht nach Gebühr Beachtung gefunden hat.

„Der Inhalt dieser Dokumente“, so hatten die „Locher Volksstimmen“ schon 1901 über die Lehmannschen Ver- öffentlichungen geschrieben, „zumal wenn im Zusammen- hang betrachtet, ist oft lehrreich und anziehend. Jede Zeile vertritt, wie immer sonst die Artikel über Friedrich II. auseinandergeben mögen, den weitblickenden grundgesunden Mann. Es spiegelt sich vor Augen ab, in welcher Weise ein Regent von wirklich staatsmänn- licher Begabung und Kraft, dem die Stärkung seiner Monarchie die Angelegenheit seines Lebens war, die konfessionelle Frage in Preußen nach Maßgabe der Zeit aufgestellt und gelöst hat. Bei aller persönlichen Ab- neigung gegen die katholische Religion und das katholische Ordenswesen gründete er die Schaffung eines mächtigen preussischen Nationalbewußtseins und Vaterlandsgefühls gerade auf die Wohlthat eines freien und gesicherten Nebeneinanderbestehens der Konfessionen innerhalb seiner Staaten. . . Wie immer dabei mit politischen Neben- absichten es verhalten mag, gerichtet es Friedrich II. ge- wiss nicht zur Unehre, daß er in einer, seine katholischen Untertanen so nahe berührenden Frage weder von konfes- sioneller Abneigung noch von aufklärerischem Religionshaß, sondern einzig durch staatsmännliche Gesichtspunkte sich leiten ließ. Weder Preußen noch seine Dynastie hat darunter einen Schaden gelitten.“



vor Beginn der Arbeitszeit von zu Hause weg, wenn sie von Schaffhausen her kommen. Sie müssen 1 Stunde auf dem Bahnhof warten. Der Zug von St. Gallen her kommt dagegen zu spät nach Singen. Ebenso bestehen auch Klagen über die Abendzüge. Schon um 8 Uhr 30 Min. muß man von Gottmadingen weg. In Engen hält ein Schnellzug nach dem badischen Unterland nicht, dagegen hält kurz darauf der Schnellzug nach Stuttgart. So müssen die Leute über Stuttgart ins Unterland reisen. Wir kommen ebenso rasch nach Karlsruhe, wie nach Pfalldorf und Wengen.

Abg. Hilbert (natl.) hat seine Wünsche bezüglich Donaueschingen bereits dem betr. Repräsentanten mitgeteilt. Er wünscht ferner Schutzhütten für die Bahnteilnehmer und bessere Schnellzugverbindungen bei den Zügen 15 und 107 für Engen.

Abg. Odenwald (fortf. Bpt.): Es wäre einmal Zeit, daß in den bürokratischen Betrieb der Eisenbahnverwaltung hineingebracht werde. Man sollte einen Wettbewerb unter den Beamten veranstalten für Vorschläge zu praktischen Reformen. (P r ä s i d e n t: Das wäre eine Sache für die Generaldebatte geeignet. Wir müssen uns an die Ordnung halten, daß jetzt nur Spezialwünsche vorgebracht werden.)

Abg. Benedy (fortf. Bpt.): Die Beamten haben früher keine Entschädigungen für die Anfertigung von Geschäftsreisen, die Weichenwärter für Weichen bei der Viehverladung kleine Vergütungen erhalten. Diese fallen jetzt in die Staatskasse. Man hätte dies den Leuten lassen, oder die Maßregel allgemein auch für die höheren Beamten einführen lassen. Bei Vertretungen bis zu 14 Tagen werden die Anweisungen wie Verletzungen behandelt, wodurch die Leute Schaden haben.

Generaldirektor Roth: Die Arbeitsgebühren wie die Bandenstellen für die höheren technischen Beamten gehören nicht mehr in den Rahmen eines modernen Beamtengehaltes. Bei Vertretungen würden wir schlechter fahren durch Verletzung. Daß diese Abkommandierungen möglichst beschränkt werden, liegt im Interesse der Staatskasse.

Abg. Neß (natl.) bedauert, daß Karlsruhe keine Vorortzüge habe. Wir sind hier lediglich auf Kurzstrecken angewiesen. Die großen industriellen Gemeinden sowie die Stadt Karlsruhe können sich über die stiefmütterliche Behandlung beklagen. Der Minister hat seiner Zeit Abhilfe zugesagt bei den schlechten Verkehrsverhältnissen mit der Pfalz. Leider ist's nun noch schlechter geworden. Es ist ein Schicksal auf die vielen Wünsche. Alle diese Wünsche könnten beseitigt werden durch einen Vorortverkehr wie in Mannheim und Freiburg.

Abg. Duffner (Str.): Hilbert hat Schutzhütten für Donaueschingen gewünscht. Ich kann mitteilen, daß die Generaldirektion solche für Donaueschingen und Billingen zugesagt hat.

Abg. Dietzler (Str.) bringt ebenfalls Wünsche nach Schutzhütten und Schutzdächern auf Stationen in seinem Wahlkreis vor und wünscht einen späteren Zug von Basel nach Säckingen. Es wird gesagt, die badische Verwaltung habe diesbezüglich einen Vertrag mit der Schweiz abgeschlossen. Davon sollte wieder Abstand genommen werden.

Abg. Wödel (Str.): Im allgemeinen ist man in meinem Wahlkreis zufrieden. Nur die Gemeinde Ottersweier und umliegende Gemeinden beklagen sich, daß sie schon 6.30 Uhr von Freiburg weg müssen und später keinen Halt mehr in Ottersweier haben. Der Zug, der 11.33 Uhr von Achern abgeht, könnte gut in Ottersweier halten, da er in Karlsruhe längere Aufenthalt hat.

Abg. Benedy (fortf. Bpt.) erwidert dem Generaldirektor. Er könne mit seiner Erklärung nicht einverstanden sein.

Generaldirektor Roth: Der Abg. Benedy hat recht, wenn er sagt, daß im Januar alle Arbeitsgebühren aufgehoben wurden. Die Gebühren der mittleren Beamten für die Ausfertigung von Fahrplänen fallen ganz weg.

Minister v. Marshall: Es wird oft geklagt, daß unsere Verbindungen vom Osten nach Westen und umgekehrt nicht so gut eingerichtet seien, wie die vom Norden zum Süden und umgekehrt. Wir haben uns bemüht, Verbesserungen zu erlangen. Was den Zug von Wörth anbelangt, so war uns beim Abschluß des Fahrplans davon nichts bekannt. Er muß erst in letzter Stunde eingelegt worden sein. Die Spätzüge verursachen die größten Kosten, zu denen die Frequenz in keinem Verhältnis steht. Die Beamten müssen abgelöst werden. Wir haben schon solchen Wünschen, die mit hundert von Unterschriften versehen waren, nachgegeben und dann kamen von der betr. Station höchstens 10 Personen. Der Erfolg war also negativ. Karlsruhe hat allerdings keine Vorortzüge; aber die Kurzstrecken haben den Charakter von Vorortzügen seit der 2. Pfennig-Lösung eingeführt. Wir sind auch bei den Bahnhofverbindungen in Karlsruhe nicht in der Lage, andere Züge einzulegen. Wir sind bemüht, die Verbindungen von Hien nach Westen zu verbessern.

Bei Titel für Wohlfahrtszwecke kommt

Abg. Seubert (Str.) auf seine Ausführungen bei der Generaldebatte zurück bezüglich der Bahnärzte.

Generaldirektor Roth: Er sei heute nicht in der Lage, hierauf zu antworten. Von dem Beschluß der Eisenbahnbetriebskrankenkasse wisse er nur aus den Zeitungen. Er könne auch hier keine Auskunft geben.

Abg. Gierich (konj.): Bei vorkommenden Unfällen brauche es oft lange, bis Hilfe zur Stelle sei. Medner regt an, wie bei den Privatbetrieben einen Heilgebühren anzustellen.

Minister v. Marshall: Ich kann es nur begründen, daß in der Hauptwerkstätte viele Arbeiter sich freiwillig der Sanitätskolonne angeschlossen haben, gut ausgebildet sind und so jederzeit in der Lage sind, die erste Hilfe zu leisten. Er möchte wünschen, daß noch mehr Arbeiter dem Beispiel ihrer Kollegen folgen. Auf dem Gebiet der Wohlfahrtszwecke ist eine große Mehrzahl von Zeichen.

Abg. Schwab (Soz.) anerkennt die Wohlfahrts-einrichtungen. Früher haben diese Einrichtungen nicht allgemein befriedigt, weil sie nicht allen zuteil wurden. Die Arbeiter in Durlach haben nachgedacht, daß in der Kantine auch Bier ausgeschenkt werden darf; ebenso ist's in Karlsruhe. Es ist ihnen aber verweigert worden. Er möchte den dringenden Wunsch ausdrücken, daß die Generaldirektion von ihrem Standpunkt abgehe. In der Hauptwerkstätte ist man mit den sanitären Einrichtungen zufrieden.

Abg. Seubert (Str.): Ich nehme an, daß die Generaldirektion meine Bahnanwärter prüft und die Frage löst. Rechnerische Wünsche teilt mir Blümmel aus Walsdorf mit. Die Wünsche, die Schwall vorgebracht hat, sind auch mir zugegangen.

Bei Titel Unterhaltung, Erneuerung und Ergänzung der baulichen Anlagen wünscht

Abg. Müller-Schoppe (Soz.) ein zweites Geleis auf der Westalbahn und entsprechende Vermehrung der Verladegeräte in Zell i. B. und Schopfheim. Auch die Beleuchtung des Rangierbahnhofs in Schopfheim ist sehr mangelhaft; drei Petroleumlampen beleuchten den Platz, obwohl die elektrische Leitung in der Nähe vorüberführt. Man hat in Schopfheim den Wunsch nach einer Rangholzverlade-rampe und Verbesserung der Möbelwaagenrampe geäußert. Auch in der Station Maulburg wünscht man einen Verladefahrschienen. Dolebit ist die Güterhalle nicht beleuchtet. In Zell liegen die Dinge ähnlich wie in Schopfheim. Man hofft, mit der Elektrifizierung der Bahn Abhilfe zu erreichen.

Abg. Schmid-Singen (natl.) bringt Wünsche betr. den Bahnhof Singen vor. Der Vorplatz genüge am Sonntag nicht. Im Bahnhof Singen ist, obwohl mehrere Familien dort wohnen, kein Abort im Hause. Die Bureau sind dürrig, ja klaglich. In Schaffhausen ist der Wartesaal 3. Klasse besser eingerichtet, wie der Wartesaal 2. Klasse in Singen. Außer Biele ist Singen wohl die einzige Station, die eine Bahnhofsperre hat. Auf der Station, die an 10. Stelle in den Einnahmen steht, ist nur ein Bilettschalter. Am Sonntag geht es da geradezu bunt zu. Es sei kein Platz für Bilette für den Fernverkehr vorhanden.

Abg. Henninger (Str.) weist auf die mangelhaften Bahnhofverhältnisse in Drischweiler hin. Ein Gleis reicht für den umfangreichen Güterverkehr nicht aus. Am meisten macht sich das Bedürfnis beim Verladen von Langholz bemerkbar. Sind an einem Tag mehrere Wagen Langholz zu verladen, so kann das nicht gechehen und die Verlade werden in ihrem Einkommen geschädigt. Es ist unbedingt notwendig, daß Abhilfe erfolgt. Neben weist auf die schlechte Beleuchtung in den Stationen Mingsheim, Kippenheim und Drischweiler hin und bittet um eine bessere Beleuchtung, die um wenig Geld einzurichten wäre.

Bei Titel „Oberbaumaterial“ bemerkt

Abg. Fehrenbach (Str.), daß in verschiedenen anderen Staaten die Holzschwellen eingeführt sind. Von der interessierten Industrie wird gesagt, daß die eisernen Schwellen sich nicht so bewähren, daß sich die Buchenholzschwellen billiger stellen, eine sicherere Lage haben und sich bei Temperaturschwankungen nicht ausdehnen; der Betrieb sei ruhiger und sicherer. Es wird gesagt, daß in Baden die Holzschwellen so erlosch behandelt werden. In England ist man wieder zur Holzschwelle zurückgekehrt; auch in Amerika hat man Holzschwellen. In Preußen, das eine große Eisenindustrie hat, hat man nur ein Drittel Eisenwellen, zwei Drittel Holzschwellen. Wir sind das reichste Land in Deutschland und unsere Holzindustrie hat ein großes Interesse an der Verwendung von Buchenholzschwellen. Jetzt muß ein großer Teil des Buchenholzes verbrannt werden. Durch die Verwendung von Buchen-schwellen würden die Einnahmen aus den Forsten erhöht. Wenn die Regierung die Frage nicht eingehend geprüft hat, möchte ich heute keine vorläufige Antwort geben, sondern an eine ernste Prüfung der Frage gehen. Ich übergebe das Material gerne der Regierung.

Minister v. Marshall: Die Eisenbahnverwaltung wird die Frage prüfen und ich sehr dankbar, wenn der Redner ihr sein Material überreicht.

Abg. Göhring (natl.) unterteilt ebenfalls die Anregung Fehrenbachs. Nicht nur die Industrie, auch die Zuckerelemente hätten ein Interesse daran. Durch die Rollenunterschiede zwischen Eisen- und Holzschwellen kann eine größere Menge des schweren Schotter erspart werden. Es ist merkwürdig, daß eisenproduzierende Länder, wie England, wieder zu den Holzschwellen übergingen, die sie doch aus dem Ausland beziehen müssen. Bei unseren gesamten Bahnen hätten wir mit Holzschwellen 10 Millionen und jährlich 400 000 Mk. an Zinsen ersparen können. Ich glaube, daß die Eisenbahnverwaltung bei den Neubauten die Holzschwellen wenigstens versuchsweise verwenden werde.

Abg. Krüger (Soz.) möchte die Anregung Fehrenbachs aufs wärmste unterstützen. Wenn man heute unsere ganze Bahnlänge mit Holzschwellen versehen würde, dann würde der Holzpreis in die Höhe getrieben. Seubert hat darauf hingewiesen, daß man die Holzschwellen imprägnieren könne, so daß sie ewig halten. Bei den großen Bahnhöfen sollte man den Anfang mit den Holzschwellen machen, damit die Arbeiter beim Grammen nicht so großen Gefahren ausgesetzt sind. Man könnte auch Eisenwellen verwenden.

Oberbaurat Wasmser: Ich möchte dem entgegen-treten, wenn gesagt wurde, wir hätten mit den Eisenwellen unwirtschaftlich gehandelt. Das ist nicht der Fall. Wir sind von den Holzschwellen abgegangen, wegen der Mängel, die sich ergaben. Die Tannenwellen halten 10 Jahre, die Fichten-schwellen 20, die Eisenwellen sind schon 25 Jahre im Gebrauch. Wir hätten bei Holzschwellen das Material erneuern müssen. Dadurch haben wir 400 000 Mk. erspart. Die Sicherheit bei Eisen-schwellen ist nicht geringer als bei Holzschwellen. Die Buchenschwelle ist ganz neueren Datums; wie sie sich bewährt, wissen wir nicht. Wir wollen sie aber prüfen.

Abg. Fehrenbach (Str.): Vor 25 Jahren war die Einführung von Eisenwellen gerechtfertigt. Aber heute ist bei dem Stande der Imprägnierung die Sache doch anders. Er möchte bitten, daß die Erhebungen auch auf das Ausland ausgedehnt werden, insbesondere auf England, wo man in Eisenbahnsachen doch auch Erfahrung hat; aber auch in Amerika, Belgien und Holland sollen Erhebungen gemacht werden.

Abg. Göhring (natl.): Bei dem heutigen Stand der Imprägnierung halten die Schwellen viel länger und können dann immer noch als Brennholz verwendet werden.

Oberbaurat Wasmser: Die Schwellen werden nicht allein durch die Fällnis, sondern durch das Untergraben geschädigt.

Bei Titel „erheblichere Ergänzungen“ bringt

Abg. Schwab (Soz.) Vorschläge vor über die

unzureichenden Arbeitsverhältnisse in der Hauptwerkstätte. Die Site und der Rand seien unerträglich. Es sei nicht nur zuviel „Sommer“, sondern auch zuviel „Gut“ da. Wenn die Werkstätte der Fabrikinspektion unterstellt wäre, dann wären die Verhältnisse sicher schon gebessert.

Abg. Gierich (konj.) wünscht, wie der Redner, die Erstellung von Schutzhütten.

Abg. Danischbach (konj.) kommt auf die Bahnhof-wünsche zurück. Die Gebäude, die von den Bahnwarten erstellt werden, sollten von der Regierung übernommen werden.

Abg. Duffner (Str.) bringt kurz Klagen über die engen Raumverhältnisse auf dem Bahnhof in Furtwangen vor.

Abg. Hummel (fortf. Bpt.) bringt ähnliche Klagen über die Bahnhofverhältnisse in Sornberg vor.

Hierauf wird zur Beratung der Petition der Gemeinde Trüberg übergegangen.

Abg. Duffner (Str.): Ich will nicht wiederholen, was schon alles über diesen Punkt hier gesagt wurde, sondern ich will es nur unterstreichen. Ich unterstütze den Antrag Hummel auf Streichung der 6000 Mark für den Wartesaal 3. Klasse, weil ich glaube, daß dies den Wünschen der Petenten entspricht. Es sind in der Sache Verprechungen gemacht und Hoffnungen erweckt worden, daß man verlangen muß, daß endlich den Wünschen Rechnung getragen wird.

Abg. Hummel (fortf. Bpt.) zugleich als Bericht-erstatler: Was Duffner als meinen Antrag bezeichnet, ist der Antrag der Kommission. Ich habe die Einstellung eines Wartesaals 3. Klasse in der Sache dringende Bedürfnisse und würde durch den Anbau die Bahnhofverhältnisse noch verschlechtern. Es scheint deshalb kein genügender Grund für diese Änderung vorhanden zu sein. Ich bitte also, diesem Antrag auf Streichung und meinem Antrag auf Einstellung einer Teilforderung in den Nach-tragsetat zuzustimmen.

Abg. Pfeifferle (natl.): Der Einstellung einer Nachtragsforderung können wir nicht zustimmen, weil es eine Kränkung für andere mit älteren Wünschen wäre. Dem anderen Antrag auf Streichung der 6000 Mark können wir auch nicht zustimmen, weil wir voraussetzen, daß die Verwaltung doch ihre Gründe hat. Es ist im Interesse der Trüberger gelegen, das Provisorium zu machen.

Abg. Pfeifferle (Soz.) kann nach wie vor namens der Kommission erklären, daß das Bedürfnis nach einem Neubau vorliegt. Darauf weist schon der Beschluß auf empfehlende Ueberweisung. Wir glauben jedoch, daß es für eine Nachtragsforderung zu spät ist.

Minister v. Marshall bedauert, daß er an der letzten Sitzung am Samstag, 30. April, nicht anwesend sein konnte, um die Vorwürfe zurückzuweisen. Er habe jederzeit das Bedürfnis der Umgestaltung der Bahnhofanlage in Trüberg anerkannt. Auf die Frage, ob wir in den Etat 1912/13 eine Position einstellen können, habe ich gesagt, ich wisse das nicht, das hänge von der Finanzlage ab. Die ganze Anlage, wie sie Trüberg wünscht, würde 2½ Millionen kosten. Wir werden aber die Sache im Auge behalten. Im Dezember 1907 habe ich die Petenten in Trüberg empfangen; ich habe mir Aufzeichnungen gemacht. Ueber den Zeitpunkt, wann das Unter-nehmen zur Ausführung komme, habe ich keine Äußerung getan. Es hat sich nur darum gehandelt, daß der Beitrag Trüberg's nicht zu hoch bemessen werde. Am nächsten Jahre wurde darüber wieder verhandelt. Die Einstellung in den Etat hat sich als nicht möglich erwiesen. Ob etwas dringlich ist, das zu beurteilen, muß man der Verwaltung überlassen, die von den vielen Wünschen, die an uns herangetragen sind, muß daher bitten, den Antrag, eine Nachtrags-forderung einzustellen, abzulehnen. Was die 6000 Mark für den Wartesaal 3. Klasse, so handelt es sich hier nicht um die Interessen der Eisenbahnverwaltung, sondern das Publikum. Die Umgestaltung der Bahnhofanlage wird voraussichtlich mehrere Jahre in Anspruch nehmen. Eine einstweilige Verbesserung wäre wohl erwägenswert. Der geniale Erbauer der Schwarzwaldbahn hätte es nicht veranlaßt, daß die Bahnhofanlage mit so großen Kosten an anderer Stelle errichtet wird.

Abg. Dr. Frank (Soz.): Der Minister hat erklärt, daß er keine Verprechungen gemacht habe. Wir müssen uns daran halten. Der Minister hat das außerordentliche Gehalt, den Leuten beim Empfang die Sache freundlich darzustellen, nachher aber eine Notiz ins Notizbuch zu machen, die weniger freundlich ist. Er sollte sich doch deutlicher ausdrücken, selbst wenn es groß klinge. Wir haben schon wiederholt solche Erfahrungen gemacht. Jetzt bei Trüberg, so bei dem Verpächter anlässlich der Tarifreform und bei der Main-Neckarbahn. Er sei der Ansicht, daß der Antrag Hummel angenommen werden sollte. Die Streichung der 6000 Mk. soll erfolgen, damit nicht der Ansehen erweckt wird, es sei etwas gegeben. Die 2½ Millionen dürfen kein Hindernis sein für die Wünsche Trüberg's; wir haben schon größere Ausgaben für Bahnhöfe bewilligt und sind allemal Sinner. Die Verantwortung werden die Regierung und die Stände nicht tragen wollen, wenn am Ausgang des Tunnels in Trüberg einmal ein Unglück geschehen würde.

Abg. Hummel (fortf. Bpt.): Der Minister hat auf das Verlangen des Erbauers der Schwarzwaldbahn in Trüberg hingewiesen. Ein zweites Denkmal würde dort jedenfalls nicht dem heutigen Eisenbahn-minister errichtet. Redner verweist auf frühere Er-lasse und Erklärungen, worin Verprechungen gemacht worden seien, so auf den Landtag 1908. Wenn man im April 1910 die Stadt Trüberg benachrichtigte, daß man damals nicht an die Ausführung im Budget 1910/11 gedacht habe, so ist es unverständlich, warum man 1908 noch mit der Stadt Trüberg einen Vertrag verhandelte. Im Februar 1910 hat eine mündliche Unterredung auf dem Bahnhof in Trüberg stattgefunden mit dem Minister. Er hat gesagt, die Zustände seien unakzeptabel, die Finanz-lage sei schuld, daß nicht sofort etwas geschehen könne. Der Neubau sei seine fortgesetzte Sorge. Darauf hat der Verkehrsverein die Mitteilung erhalten, die Verwaltung könne ein dringendes Bedürfnis nicht anerkennen. Wenn die Regierung die Absicht, die Anlage umzugestalten, nicht gehabt hat, dann ist nicht zu verstehen, was seit 1906 geschehen ist. Was Frank allgemein gesagt hat, trifft vollkommen zu.

An dem Bahnübergang in Hausach sind vor wenigen Tagen zwei Kinder des Bahnorts überfahren worden. Dasselbe kann in Trüberg jeden Tag passieren. Ein generelles Projekt ist schon ausgearbeitet, man hat es sogar zur Vernehmung vorgelegt. Ich habe damals dagegen schon ein gutes Mißtrauen ge-gehabt.

Minister v. Marshall: Das Budget enthält nicht nur in diesem, sondern auch in anderen Punkten Enttätigungen. (Sehr richtig!) Ich habe ein Verbot daraus gemacht, daß es nicht möglich ist, in das Budget einen Betrag einzustellen. Aber die Verhältnisse in Trüberg zugegeben, aber es stimmte Ansichten habe ich nicht gemacht, weil es sich um hohe Kosten handelt. Es handelt sich um eine neue Anlage, zum Teil im Fluß und zum Teil im Felsen, der abgehoben werden muß. Ich drücke mich beim Empfang von Deputationen sehr bestimmt aus. Es ist mir aber schon vorgekommen, daß aus der höflichen Form, aus dem Ausdruck des Bedauerns über die Abgabe geschlossen wurde, ich hätte eine Zusage gemacht. Ich pflege daher in letzter Zeit zu solchen Unterredungen einen Zettel zuzugleichen. Wir wünschen auch, daß der Frage möglichst bald nähergetreten werden kann.

Abg. Dr. Rehter (Str.): Für die Petition Trüberg's hat die Kommission empfehlende Ueberweisung beschlossen. Darin liegt jedoch nicht eine Bindung der Zeit nach, wann die Bitte erfüllt werden soll, sondern nur, daß es sobald als möglich geschehe. Wir werden den Antrag Hummel ablehnen, dagegen dem Antrag auf Streichung der 6000 Mark zustimmen, weil die Petenten das wünschen. Den Antrag Hummel lehnen wir ab, ganz abgesehen davon, ob der Eisenbahnminister bestimmte Zusagen gemacht hat oder nicht. Wenn er sie gemacht hat, so ist das unter ganz anderen Verhältnissen geschehen. In dem Budget sind 81 Millionen für Bauten vorgegeben, die auf Schulden gemacht werden sollen. Wir haben neue Steuern bewilligen müssen. Der Rekonstruktion, daß für neue Bahnen in jedes Budget 5 Millionen eingestellt werden sollen, ist nicht voll entsprochen. Ich gebe zu, daß die Verhältnisse in Trüberg nicht ideal sind, aber so sind sie nicht, wie es jetzt dargestellt wird. Bei dieser Finanzlage, wo noch viele Gemeinden auf eine Bahn warten müssen, möge man sich auch in Trüberg noch etwas gedulden. Ich war vor wenigen Jahren in Hamburg und sah, wie dort ein Zug auf der glatten Straße fuhr. Voraus ging ein Mann mit der Schelle und einer roten Fahne und machte die Leute aufmerksam. Wenn das in der großen Handelsstadt Hamburg geschehen konnte, möge man sich auch in Trüberg gedulden.

Abg. Rehter (natl.): Ein Satz besteht aus zwei Teilen, dem Vorder- und dem nachfolgenden Teil. Es kommt nur darauf an, worauf man den Hauptton legt. Der Minister mag das Nein nicht gerne ausgesprochen haben und aus der Art, wie es der Minister einwendete, mag man geschlossen worden sein, daß er eine Zusage gemacht habe. Ich muß bedauern, daß diese Sache, die zum Eisenbahnbau gehört, heute schon behandelt wird. Der Unglücksfall, der angeführt wurde, kann überall passieren, wo Schienen-ebene Uebergänge in der Nähe von Wohnungen sind. Redner stellt sich zu den Anträgen wie Pfeifferle.

Präsident Hohlfurt: Das Haus hat beschlossen, diese Sache mit dem vorliegenden Gegenstand zu verbinden.

Abg. Hummel (fortf. Bpt.) erwidert Rehter und Dr. Rehter unter Wiederholung seiner vorigen Ausführungen.

Abg. Dr. Frank (Soz.) will die Bemerkung Dr. Rehter's zurückweisen, daß der Minister bereit ist gewesen sei, eine Zusage nicht zu halten, weil die schlechte Finanzlage es nicht erlaube. Die schlechte Finanzlage war damals bekannt. Der Minister hat zugelegt; er hat fast zu gleicher Zeit, wo er auf dem Bahnhof in Trüberg eine freundliche Antwort gegeben und wenige Tage darauf dem Vorstand des Fremdenverkehrsvereins erklären lassen, daß ein dringendes Bedürfnis vorhanden sei. Das Miß-trauen weiter Kreise gegen das Eisenbahnmini-sterium hat sich wieder bestätigt.

Abg. Rehter (natl.) erwidert kurz Hummel.

Abg. Duffner (Str.): Was die Sofinanz, die erweckt worden seien, betrifft, kann darauf verwiesen werden, auf eine Äußerung des Ministers, daß eventuell schon in das Budget 1908/09 eine Forderung eingestellt werden könne. Die Frage, ob die 6000 Mk. verwendet werden oder nicht, oder wie sie verwendet werden, bleibt für den großzügigen Bau außer Belang. Er stimme für die 6000 Mk. und für Einstellung einer Nachtragsforderung.

Minister v. Marshall: Dr. Frank hat behauptet, das Eisenbahnministerium nehme zu wenig Rücksicht auf den Interessenten. Es wird vom Eisenbahnministerium niemand zurückgewiesen. Ich kann nur wiederholen, daß ich keine Verprechungen gemacht habe.

Abg. Dr. Rehter (Str.) erwidert Hummel und Frank. Die Lage ist heute eine ganz andere, als im Jahre 1908 vorausgesehen werden konnte. Ein Minister muß aber das Recht haben, auch positive Zusagen nicht zu halten, wenn es das Interesse des Staates so erfordert. Es gibt keine Privatverträge, weder mit Privaten, noch mit der Kammer, sondern nur Verbindlichkeiten.

Abg. Hummel (fortf. Bpt.): Nachdem ich sehe, daß die Streichung der 6000 Mk. keine Aussicht hat auf Annahme, möchte ich wünschen, daß die 6000 Mk. für die dringenden Bedürfnisse auf dem Bahnhof Trüberg bewilligt werden.

Es entsteht hierüber eine kleine Geschäftsordnungs-debatte.

Die Petition der Stadigemeinde Trüberg und benachbarter Gemeinden werden in der Abstimmung einstimmig der Regierung empfehlend überwiesen.

Die Einstellung einer Nachtragsforderung wird abgelehnt. Die 6000 Mk. für den Wartesaal dritter Klasse in Trüberg werden einstimmig angenommen. (Seitert.)

Hier wird um halb 2 Uhr abgebrochen. Nächste Sitzung heute nachmittags 4 Uhr.

Nach Schluß der Sitzung ruft Präsident Hohlfurt dem Abg. Hummel zu: Na, Herr Hummel, warum haben wir jetzt das Krölle getroffen? (Große Heiterkeit.)



Nachmittags-Sitzung.

79. öffentl. Sitzung.

Präsident Hohrath eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min. Der Regierungsrath ist beiseite wie heute vormittag. Die Tribünen sind schwach besetzt. Die Spezialberatung des Budgets der Verkehrsanstalten wird fortgesetzt bei Titel für Unterhaltung, Erneuerung und Ergänzung der Betriebsmittel und maschinellen Anlagen.

Bei Titel Einnahmen aus dem Personen- und Gewerbesteuerbereich bemerkt Abg. Stöckinger (Soz.), daß die Regierung dem Wunsch der Arbeiter nach vierjährigen Wochenarbeiten in der betriebsarmen Zeit Rechnung getragen habe. Es werde aber von den Arbeitern eine Beschneidung ihrer Arbeitgeber verlangt, daß am Montag oder Dienstag nicht gearbeitet werde. Das ist eine schändliche Bestimmung für die Arbeiter und Arbeitgeber. Abg. Odenwald (fortsch. Vpt.) schließt sich dem Vorredner an. Ministerialdirektor Schulz: Die Sonntage sind schon lange frei. Die Ausgestatte sind jetzt nach der Eingabe frei. Die Frage der blauen Montage sei nicht so ganz ohne. Die Sache ist diesmal ohne den Eisenbahnrat gemacht worden, damit die Entscheidung möglichst bald in Kraft tritt. Sonst sollten solche Maßnahmen im Benehmen mit dem Eisenbahnrat geregelt werden.

Abg. Maier (Soz.) ist nicht mit der Erklärung des Ministerialdirektors einverstanden. Er könne nicht zugeben, daß die Beschneidung verlangt werde. Maurer und Bauhilfsarbeiter können an Regentagen nicht arbeiten; sie können dafür aber am Tage zuvor keine Beschneidung verlangen.

Abg. Stöckinger (Soz.): Man sollte nicht die Arbeitgeber zum Mittel der Beschränkung machen. Die Beschneidung wird nicht von dem Arbeitgeber, sondern vom letzten Kontoristen ausgestellt. Seit 1906 ist das blau-Montagmachen in Borsheim so gut wie ganz verschwunden. Wenn einer bummelt, erhält er 14 Tage keine Arbeit.

Bei Titel Einnahmen aus dem Güterverkehr bemerkt

Abg. Schmid-Singen (natl.), daß das Fährgebot per Eisenbahn, das Flächengebühr aber nur als Frachtgut betrachtet werden kann. Man wird sagen, daß es nicht wünschenswert sei, daß der Verkehr mit Flächengebühr beginnt. Es wäre aber doch im Interesse der realen Veranschlagung gelegen.

Abg. Gierich (konj.): Die Bemerkung des Ministers, daß der Personenverkehr von Güterverkehr getrennt ist, ist richtig. Der Hauptgüterverkehr geht von Norden nach dem Süden. Das Getreide wird zu billigerem Frachttarif nach der Schweiz befördert, während der einheimische Müller mehr dafür bezahlen muß. Unter Frachttarif scheint mehr auf den Durchgangsverkehr eingerichtet zu sein. Noch ein größeres Unikum besteht in der gleichen Verfrachtung von Getreide und Mehl. Somit ist es üblich, daß das Rohprodukt billiger verfrachtet wird als das Fabrikat. Hier ist fast das umgekehrte der Fall. Die Meile wird billiger befördert als Getreide. Die badische Verwaltung hat eine förmliche Bränne darauf gesetzt, daß sie Mehl befördern kann. Diese Ungerechtigkeiten sollte aus der Welt geschafft werden. Dadurch werde auch der Fälligung der Futtermittel Vorlauf gegeben. Von einigen Geschäftleuten ist über die Expeditionsgebühren geklagt worden. Von den kleinen Wärlern ist mir schon geklagt worden, es möchte ihnen die Expeditionsgebühren rückvergütet werden.

Abg. Müller (fortsch. Vpt.) bringt ebenfalls Wünsche auf Zulassung der Expedition und Ermäßigung der Tarife von Getreidefrachten in Offenburger vor, die bisher abschlagig befriedigt wurden. Er bitte die Generaldirektion, einen anderen Standpunkt einzunehmen. Eine dieser Gesellschaften ist durch den Wagnisbau von Neuhaus eines Lagerhauses veranlaßt worden. Sie bitte davon abgesehen, wenn sie es für möglich gehalten hätte, daß die Bitte abgelehnt würde. Man sei in anderen Stationen entgegenkommender gewesen.

Abg. Geyppert (Ztr.): Die Aufhebung des allgemeinen Tarifs für Wirtschaftsbetriebe veranlasse ihn zu einigen Bemerkungen. Es ist unverkennbar, daß die Schweiz von der Tarifermäßigung den größten Vorteil gehabt habe. Die Befreiung der Regierung ist nicht eingetroffen. Der Markt im Oberland hat großen Vorteil gehabt. Der Frachtaufschlag muß zugegeben werden, aber der wirtschaftliche Vorteil muß doch auch in Betracht gezogen werden. Die Herabsetzung der Obstarife wird verständlich, wenn ich sage, daß wir gegenüber anderen Ländern sehr schwer zu konkurrieren haben. Wir haben verlangt, daß die Frachttarife für Frühlingsfrucht bestimmten Plätzen ermäßigt werden. Es sind 7 Millionen im Frühlingsfrucht investiert, die sehr schwer rentieren ohne die Ermäßigung. Wir könnten das Ausland in jener Zeit vom deutschen Markt verdrängen.

Abg. Süßkind (Soz.): Die Fährrente in Baden lassen die Güter wegen des Anzuges der Güterbesteller in Baden in Dos abholen. Dadurch entgehen der Verwaltung Frachten von Dos nach Baden. Man sollte den Fährrentenbesitzern gestatten, daß sie ihre Güter selbst in Baden abholen können. Seit 1. Mai sei die Abgabegebühr von 5 auf 10 Pfg. erhöht. Oberregierungsrat Herrmann gibt Auskunft über die angeworbenen Tariffragen. Diese werden von der Tarifkommission und dem Verkehrsamt erledigt. Zur Beratung kommen die Anträge, die von einer der beteiligten Verwaltungen der Tarifkommission unterbreitet werden. Die Protokolle können von der Berliner Zentrale bezogen werden. Geyppert hat wieder seine Wünsche bei einem Ansnahmetarif für Ost vorgebracht. Es ist zuzugeden, daß dadurch dem Ostbau ein Vorteil erwachsen würde; aber man darf ihn doch nicht überblenden. Nach Berlin wurde eine Sendung von 100 Kilogramm von Wühl aus pro Kilogramm um einen Pfennig billiger kommen. Preußen hat das seinen eigenen Interessenten stets abgedrungen, darum wird es nicht möglich sein, nur einzelne Plätze zu bevorzugen. Es geht auch nicht an, teureres Ost billiger zu tarifieren als billiges. Die Frage der Detarifizierung des Ostes ist schon wiederholt erörtert worden. Man kam aber zu Ablehnung wegen der Befürchtung, daß dadurch dem inländischen Ost vom Ausland zu große Konkurrenz gemacht werde. Die Eisenbahnverwaltung müßte ihrer Pflicht bewußt sein, die Einnahmen

nicht zu verringern; doch aber durch die Tarifermäßigung eine solche Steigerung des Verkehrs eintreten werde, daß der Ausfall gedeckt werde, was nicht anzunehmen. Die Klage Gierichs, daß das ausländische Getreide billiger nach der Schweiz verfrachtet werde, als das einheimische, hat ihre Berechtigung. Allein, bei einer Aufhebung dieses Ausnahmetarifs würde das ausländische Getreide einen anderen Weg nach der Schweiz nehmen und wir hätten das Nachsehen.

Abg. Kolb (Soz.) unterstützt die Bitte Geypperts. Wir müssen uns alle Mühe geben, die Landwirtschaft konkurrenzfähig zu machen. Für Frühweizen könnte man die Detarifizierung einführen. Bei uns weiß man oft nicht wohin mit dem Ost, während in Berlin z. B. so hohe Preise gefordert werden, daß die Leute nur ganz kleine Mengen kaufen können.

Generaldirektor Roth: Süßkind hat gesagt, daß die Güterbesteller in Baden eine Monopolstellung habe. Vor reichlich 20 Jahren ist die Zwangsfruchtbesteller durch die Eisenbahnverwaltung und die Stadterwaltung eingeführt worden. Sie ist gut eingerichtet, kann aber den Anforderungen nur dann entsprechen, wenn ihr nicht die auf lohnenden Jahren weggewonnen werden. Aus diesem Grunde hat man die Zwangsfruchtbesteller eingeführt.

Abg. Geyppert (Ztr.) ist dankbar für die Mitteilungen über die Tarifkommission und den Verkehrsamt, bei denen unsere Tariffragen erledigt werden. Der Regierungsrat hat gesagt, daß sich Preußen gegen die Bevorzugung gewisser Landesstellen sträube. Es würden aber dadurch nicht allein die Produzenten, sondern auch die Konsumenten Vorteile haben. Kolb hat mit Recht gesagt, infolge der Tarife sei der Preis für die kleinen Leute zu hoch. Wir werden in Wäde für 300 000 Zentner Frühlingsfrucht schaffen müssen. Infolge der niedrigen Preise bei uns sind viele Leute daran, ihre Frühlingsfrucht herauszuheben. Infolge des Niedrigens des Weinpreises sind die Leute aber auf das Frühlingsfrucht angewiesen. Man sei ihre Anlagen heraus, so sind weite Kreise des badischen Mittelstandes verarmt.

Abg. Süßkind (Soz.): Die Zwangsfruchtbesteller in Baden ist vor 20 Jahren von einem Parteiregiment eingeführt worden, das mit dem Güterbesteller liiert war. Die Regierung hat die Interessen des Güterbestellers über die der Allgemeinheit gestellt. Generaldirektor Roth: Wir haben die Zwangsfruchtbesteller im Interesse der Stadt Baden eingeführt. Wir haben auch ein Interesse daran, daß die Güterbesteller möglichst rasch geleert werden. Deshalb können wir die Einzelabholung nicht gestatten.

Abg. Maier (Soz.) bittet, daß die Dienstmänner Gehalt abholen dürfen. Abg. Kopf (Ztr.): Die Ausführungen Süßkinds waren vollständig berechtigt. Das scheint mir nicht ganz angängig, daß Leute, die ein eigenes Fährrecht haben, nicht ihre Güter selbst abholen dürfen. Die Güter sollte einer Meßfion unterzogen werden. Die Güterbesteller wird sich auch so noch rentieren. Wenn jemand erklärt, er wolle seine Sache selbst abholen, so muß man das zulassen. Die Zwangsbesteller ist veraltet, ich möchte den Wunsch Süßkinds unterstützen.

Abg. Kolb (Soz.): Man kann doch einen Mann, der seine eigene Pferde hat, nicht zwingen, daß er sie im Stall stehen und sich die Ware zuführen läßt. Es entgehen der Verwaltung Frachten, weil die Leute schon in Dos die Waren abholen. Das ist der starke Absolutismus in der Eisenbahnverwaltung. Es ist auch nicht haltbar, daß man so rigoros gegen die Dienstmänner vorgeht. Sie dürfen mit ihrer Mühe nicht einmal auf den Perron. Von was sollen die Leute denn leben.

Abg. Kölsch (natl.) unterstützt die Bestrebungen die auf Vereinfachung des starken Regiments an der Güterbesteller in Baden abzielen. Abg. Müller (f. B.) vermißt eine Antwort auf seine Anfrage über die Lagerhausgesellschaft in Offenburger. Oberregierungsrat Herrmann gibt dem Abg. Müller die gewünschte Antwort.

Abg. Geiger (natl.) bringt Wünsche bezüglich des Transports von Milchschweinen vor. Abg. Kölsch (Soz.) trägt eine Beschwerde einer Pferdehandlerrfirma vor. Oberregierungsrat Herrmann: Die Bestimmung geht dahin, daß der Fracht für Tiere in Jügen erhoben wird, welche zum Viehtransport nicht bestimmt sind, in anderen wird der Fracht nicht erhoben.

Abg. Kölsch (Zentr.) beschwert sich, daß die Gebühren für die Benutzung von Kranen erhöht seien. Man sollte einen Rabatt einführen für Leute, die die Einrichtung regelmäßig benutzen. Oberregierungsrat Herrmann: Die Verwaltung hat sich schweren Herzens dazu entschlossen, die Gebühren zu erhöhen.

Abg. Kramer (Soz.) bezieht vorerst, für die Aufhebung des Brückengeldes zwischen Ludwigsbafen und Mannheim eingutreten. Der bayerische Minister hat früher ausgedrückt, daß der Aufhebung des Brückengeldes nichts im Wege stehe, da bald die Schuld getilgt sei. Der badische Staat und die Stadt Mannheim müßten einen Teil der Unterhaltungs- und Erneuerungskosten übernehmen. Daran dürfte die Aufhebung nicht scheitern. Es ist höchste Zeit, daß dieser Uebelstand abgehoben wird.

Minister v. Marschall: Die Regierung steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Aufhebung des Brückengeldes dringend wünschenswert ist. Wir haben uns auch in dieser Hinsicht bei der bayerischen Regierung Mühe gegeben. Die bayerische Regierung hat aber die Bedingung gestellt, daß die Stadt Mannheim ihren Teil der Unterhaltungskosten und eine eventuelle Erneuerung übernehme. Wir haben unter möglichstem getan.

Abg. Vogel-Mannheim (f. B.) unterstützt Kramer. Er könne nicht begreifen, daß man diese mittelalterliche Einrichtung bestehen lassen kann. Es ist ein Unrecht, die beiden Städte für die Erneuerung der Brücke pflichtig zu machen.

Abg. Dr. Frank (Soz.): Wir haben eine Gesandtschaft in München und Berlin. Er brauche auf den Zusammenhang der Münchener Gesandtschaft mit dieser Sache nicht hinzuweisen. Das beste Mittel wäre, die Münchener Gesandtschaft aufzuheben und mit dem Geld die Brücke zu befreiten. Da wäre die Frage gelöst. Welche Erbitterung sich gegen dieses Institut bemerkbar macht, das zeigen die vielen Beleidigungen der Brückengeldnehmer.

Abg. Kramer (Soz.) weist auf die hohen Einnahmen aus dem Brückengeld hin.

Abg. Nebmann (natl.): Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß wir die Abschaffung des Brückengeldes ganz entschieden verlangen, selbst wenn wir staatl. Mittel dazu verwenden müssen.

Abg. Kopf (Zentr.): Auch ich bin der Meinung, daß es sich hier um einen veralteten Zustand handelt, dessen Beseitigung wünschenswert ist. Wenn es eine Brücke gibt, die aus Staatsmitteln gebaut werden müßte, so wäre es diese. Ich wäre dafür, daß der badische Staat die Gewähr dafür gibt, daß er seinen Teil an dem Brückenaufbau übernimmt. Ich möchte die Regierung dringend bitten, dem unhaltbaren Zustand baldig ein Ende zu machen.

Der Kommissionsantrag, das Spezialbudget der Verkehrsanstalten mit Ausnahme von Kapitel 1 b § 23 Bff. 7 zu genehmigen, wird einstimmig angenommen. Beim Spezialbudget über den Anteil Badens an den Einnahmen der Main-Neckarbahn für 1910/11 bringt

Abg. Müller-Weinheim (natl.) Wünsche der Beamten dieser Bahn vor. Die monatliche Zahlungsbetrag der Besätze. Er möchte die Regierung bitten, daß sie bei der Verwaltung in Mainz diesen berechtigten Wunsch geltend macht. Redner bringt noch eine Reihe anderer Wünsche in Bezug auf die Main-Neckarbahn vor.

Abg. Weichold (Soz.): Auch er müsse Wünsche der Arbeiter vortragen. Redner wiederholt die Bitte, daß die Wochenarbeiten von Ludwigs bis Mannheim gelten. Minister v. Marschall: Wir werden die von den beiden Vorrednern vorgebrachten Wünsche prüfen. Das Budget wird angenommen. Hier wird abgeordnet.

Nächste Sitzung morgen vormittag 9 Uhr. Nachtrag zum Spezialbudget der Verkehrsanstalten und Bestimmungen, sowie die Interpellationen betr. die Ausperrung der Bauarbeiter und die Kräfte im Baugewerbe. Schluß 7 Uhr.

Lokales.

Karlsruhe, 11. Mai 1910.

Mitteilungen aus der Stadtratssitzung vom 6. Mai 1910.

Dem hiesigen interprofessionellen Verband der Fürsorgevereine zur Rettung sittlich gefährdeter und gesellener Mädchen und Frauen) wird die Summe von 400 Mark aus dem vorjährigen Jahresergebnis des Gräfl. Hofnischen Vermächtnisses überwiesen. Ferner beschließt der Stadtrat, in Vollzug der Bestimmungen in § 7b des Testaments des verstorbenen Grafen von Hena, wonach die Zinsen dieser Stiftung in erster Linie zur Unterstützung armer Mädchen in der Stadt zu verwenden sind, daß ihnen nach ärztlichem Rat im Hospital genügend lange Zeit freie ärztliche Pflege zuteil werde, aus dem vorjährigen Jahresergebnis des Gräfl. Hofnischen Nachlasses dem Verein zur Erhaltung eines Mädchenernährungs- und Erziehungsvereins zu Baden im Jahre 1910 zur Verwendung im Sinne des Testaments zuweisen.

Gemäß § 9 Absatz 2 der Gemeindegebühren-Ordnung ist in der Sitzung der Verordnung vom 29. Januar 1910 ist für die Befähigung einer jeden Unterabteilung eine Gebühr von 80 Pfg. anzusetzen. Eine Schreibgebühr kommt nicht mehr zum Anlaß, auch wenn in einer Urkunde die Befähigung mehrerer Unterabteilungen vorgenommen wird.

Der Verein zur Hebung des Fremdenverkehrs stellt mit, daß bei der Neuwahl des geschäftsführenden Vorstandes im Anschluß an die vor kurzem abgehaltene Generalversammlung des Vereins der bisherige vereidete Vorsitzende, Herr Stadtrat Herrmann, eine Wiederwahl zu diesem Amte abgelehnt habe und hat an seine Stelle Herr Stadtrat Kölsch, bisher 2. Vorsitzender, zum 1. Vorsitzenden, für diesen Herr Privatmann Ludwig Paar zum 2. Vorsitzenden gewählt worden. Der Stadtrat nimmt hiervon Kenntnis und spricht Herrn Stadtrat Herrmann für die vorzüglichen Dienste, die er in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Verkehrsvereins seit dessen Bestehen in unermüdlicher, eifriger und geschickter Weise der Stadt geleistet hat, warmen Dank und Anerkennung aus. Er hat auch zu der neuen Vereinsleitung das Vertrauen, daß sie die Erwartungen für die Stadt und ihre Einwohnerlichkeit leisten werde.

Gelegentlich des Umzugs der ausgesperrten Bauarbeiter am 3. d. M. hat eine Kommission der Ausschüsse kurz vor dem Vorbeimarsch vor dem Rathaus dem Oberbürgermeister eine Resolution folgenden Inhalts übergeben:

Die von der Aussperrung im Baugewerbe betroffene Arbeiterchaft nimmt Veranlassung, bei der Vollstreckung sowie der staatlichen und städtischen Behörden vorstellig zu werden, und das Verlangen zu unterbreiten, daß die staatlichen und städtischen Behörden auf die Fortführung der in Angriff genommenen Bauarbeiten dringen, und bei event. Verweigerung der Unterfertigung werden. Die Verarmten des Baugewerbes sind als ein Gebot der Notwendigkeit, daß die Staats- bzw. städtischen Bauten bisher noch beschäftigten Reichsanwärtler entlassen und dafür einheimische Arbeiter eingestellt werden. Die von der Aussperrung betroffene Arbeiterchaft glaubt zu diesem Verlangen umso mehr berechtigt zu sein, als ihrerseits nichts geschehen ist, was dazu angetan gewesen wäre, die Ruhe im Gewerbe zu beinhalten, und als die Aussperrung lediglich eine Nachprobe des sozialierten Unternehmertums darstellt.

Soweit städtische Neubauten in Betracht kommen, sind Verzögerungen in der Fertigstellung bis jetzt nicht zu erwarten. Wegen der vorzugsweisen Beschäftigung von einheimischen Arbeitern werden die städtischen technischen Stellen beauftragt, auf die Einhaltung der besaglichen Bestimmungen der Arbeitsverträge hinzuwirken. Der Verlauf der Einstellung von Verhandlungen wegen einer Verständigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitern des Baugewerbes, den der Oberbürgermeister gemacht hat, ist ergebnislos geblieben.

Schon im vorigen Jahre hat der Stadtrat bei Großherzogtum den Wunsch ausgedrückt, daß der Beginn des Sommerferien an den hiesigen höheren Schulen während des Sommers einheitlich geregelt werde. Der Oberbürgermeister hat dann nach Anhörung der Schulkollegien sich dahin ausgesprochen, daß an sämtlichen Realanstalten und an den höheren Mädchenschulen mit Gymnasialabteilung der Unterricht auch nach Pfingsten erst um 8 Uhr morgens zu beginnen habe. Nur für das Gymnasium und die Humboldtische wurde mit Rücksicht auf die südliche Lage der meisten Schulzimmer eine Ausnahme in der Richtung gestattet, daß für den Rest des Sommerferien der von ihnen bereits angeordnete Anfang des täglichen Unterrichts um 7.30 Uhr auf diesen Zeitpunkt festgesetzt bleibe. Der Großherzog hat dem bei, er habe bereits Schritte getan, um eine grundsätzliche Regelung auch dieses Teils der Schulordnung herbeizuführen und er halte die jetzt bestehende Ungleichheit der täglichen Schulzeit nach wie vor für einen großen Mißstand. Da dem Stadtrat bisher eine neuere Entscheidung der Oberbürgerbehörde in dieser Sache nicht zugegangen ist, richtet er an den Großherzog, Oberbürgermeister, ob für diesen Sommer die Gleichheit des Beginns des Nachmittagunterrichts an den hiesigen höheren Lehranstalten sichergestellt ist und in welcher Weise.

Durch bezirksrätliche Anordnung vom 26. Juni 1898 ist

die Beschäftigung von Arbeitern im Baugewerbe mit dem Austragen von Baufeldern an Sonn- und Feiertagen in der Zeit vom 1. Oktober bis 1. März bis 9 Uhr vormittags zugelassen, während diese Arbeit bis jetzt in der übrigen Jahreszeit bis vormittags 8 Uhr beendet sein muß. Die Erinnerung ist bei Großherzogtum vorstellig geworden, daß auch für die Zeit vom 1. März bis 1. Oktober an Sonn- und Feiertagen die Zeit für diese Beschäftigung bis 9 Uhr vormittags ausgedehnt werden solle. Diese Anregung wird befürwortet.

An den Bürgerausschuß soll Vorlage erstattet werden wegen Bewilligung der erforderlichen Mittel zum Erwerb von Vorparzellengründen zwecks Verbreiterung der Karlstraße zwischen Krieg- und Gutsch- bzw. Klumprechtstraße. Als Preis werden 10 Mark pro Quadratmeter bewilligt; auch überläßt die Stadt bei freiwilliger Abgabe des Vorparzellengrundes die erstmalige Herstellung der Gehwegfläche und Aufbesserung der Bordsteine und zahlt in besonderen Fällen noch eine entsprechende Mindestwertentschädigung. Inwieweit eine Einigung mit den betreffenden Eigentümern auf dieser Grundlage nicht zustande gekommen ist, soll Antrag auf Zwangsenteignung gestellt werden.

Wegen Besetzung einer Professorenstelle an der Humboldtische Realgymnasium wird Antrag bei Großherzogtum nach Vorlage des Besatzes gestellt. Der Deutsche Stadtrat hat eine Vorstellung an den Reichstag gerichtet, daß die Bitte, den Ständen vor dem Aufnahmefestsetzen des Vertzuwachstenergesetzes Gelegenheit zur gutwilligen Neuierung über den vorliegenden Gegenstand zu geben, gegen dessen letzte Fassung schwere Bedenken beständen. Zugleich wurde darauf hingewiesen, daß die Zuwachsteuer als Reichsteuer ungeeignet sei und die Besteuerung des Vertzuwachses den Gemeinden vorbehalten bleiben sollte. Schon jetzt seien folgende Forderungen des Gegenwärtigen als unerlässlich hervorzuheben:

- 1. Streichung der Bestimmungen über eine Beteiligung der Bundesstaaten an Erträge und über die Möglichkeit anderweiter Vertigung des Steueranteils der Gemeinden;
2. Erhöhung des Anteils der Gemeinden auf mindestens 50 Prozent;
3. Erweiterung der Anrechnung von Zinsen auf das Anlagekapital;
4. Streichung der Vorschriften über Entgeltzahlung (Stundung u. m.);
5. Freistellung der vor dem 12. April 1910 abgesetzten Restgeschäfte;
6. Herabsetzung des Umsatzsteuersatzes auf 1/2 Prozent gemäß der Anlage in Artikel 5a zum Reichsteuergesetz.

Mit der Firma Billing u. Söhne, Aktien-Gesellschaft für Bau- und Kunstfertigkeit hier, soll ein Kaufvertrag vereinbart werden, wonach die Stadt das vom Brand betroffene Gelände der Firma Billing und Söhne in der Wilhelm- und Süßenstraße im Flächengröße von 5770 Quadratmeter erwerbt und dagegen an die Firma ein 20 000 Quadratmeter großes Gelände in Grünmündel zur Errichtung einer neuen Fabrik abgibt, sowie ein Aufgeld von 34 000 M. bezahlt. Die Zustimmung des Bürgerausschusses bleibt vorbehalten.

Die Gartenanlage auf dem Lückelplatz soll veräußert werden, wobei wieder offengehalten werden. Von der Errichtung eines Kinderplatzes inmitten der Anlage wird abgesehen.

Nachdem die sämtlichen Beteiligten dem Projekte der Umlegung der Grundstücke in dem Baugelände zwischen Molke- und Stöckerstraße zugestimmt haben, heißt der Stadtrat auch seinerseits das Projekt gut. Wegen Veräußerung eines 36 Quadratmeter großen fließigen Geländestückes in jenem Gebiete an Freiherren von Selbened wird ein Liebererkommen mit dem Genannten vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses getroffen.

Der für die Feuerwache bestimmte automobiler Mannschafts- und Gerätemagazin mit Zentrifugalpumpe ist fertiggestellt und soll mit der Dampfmaschine und dem Kranenautomobil nächsten Montag, nachmittags 6 Uhr, auf dem Wehplatz dem Bürgerausschuß in Tätigkeit vorgeführt werden.

Dem Direktor des Hoftheaters in Mannheim wird zur Veranlassung von Gastspielen des Humoristen Otto Meutter und eines bunten Theaters des Stadtgartentheaters in der Zeit vom 24. bis 31. Mai d. J. erteilt.

Die für die Einrichtung von Wirtschaften auf den diesjährigen Messen bestimmten Plätze sollen nachmals zur Verteilung ausgeschrieben werden, da die in der ersten Verteilung eingelegten Angebote als zu niedrig nicht angenommen werden können.

Die Stelle eines Verwaltungsoffizienten bei den städt. Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken wird — zunächst probeweise — dem Kaufmann Alois Adam von Sülzebach übertragen.

Die Gesuche des Restaurateurs und Küchenbesizers Hermann Koch um Erlaubnis zur Verlegung seiner Schankwirtschaftslokalität mit Baumweinverkauf vom Haupte Durlacher Allee Nr. 24 zum „Frankfurter Hof“ nach jenem Herrenstraße 34 zum „Palmengarten“, und des Hofrentiers Friedrich Nagel um Erlaubnis zur Ausdehnung seiner Konzession zum Ausschank von seinen Weinen und Likören auf das neben seinem bisherigen Geschäftes Waldstraße 43 gelegene, mit diesem vereinigte Haus werden dem Großherzogtum befürwortend vorgelegt. Das Gesuch des Kaufmanns Friedrich Stöhrer um Erlaubnis zur Errichtung und zum Betrieb einer Schankwirtschaft mit Baumweinverkauf in der neuerrichteten Hofstraße, Ritterstraße 13/17, wird dem Großherzogtum unter Vernehmung der Bedarfsfrage vorgelegt. Das Gesuch des Aufsehers Max Markus Schwall im Stadteil Durlanden um Erlaubnis zur Errichtung und zum Betrieb einer Weinwirtschaft im Hause Karlsruherstraße 6 daselbst wird durch Anschlag an der Verbindungstafel zunächst zur öffentlichen Kenntnis gebracht. Der Stadtrat dankt dem Verwaltungsrat des Wirtenschaus für die Anwesenheit für die Einladung zu der am 5. d. M. in der evangelischen Stadtkirche abgehaltenen Feier des Jahresfestes der Handwerkskammer Karlsruhe für die Einladung zur Beschäftigung der in der Zeit vom 1. bis 8. Mai dieses Jahres in den Räumen des Großherzoglichen Landesgewerbeamtes stattfindenden Ausstellung von Gesellenständen, der Vereinigung für angewandte Kunst in Karlsruhe für die Einladung zur Eröffnung der ersten Ausstellung für angewandte Kunst in den Räumen des Bad. Kaufmannvereins, dem Corps „Frisia“ für die Einladung zu dem am 14. d. M. zur Feier seines 60jährigen Bestehens in der Festhalle geplanten Kommerz der Turngemeinde Karlsruhe-Durlanden für die Einladung zu der vom 11. bis 13. Juni d. J. in Aussicht genommenen Fahnenweihe, dem Mühlburger Stenographenverein Stolze-Schwey für die Einladung zum 5. Stiftungsfest (am 7. d. M. im Gasthaus zu den „3 Linden“), der Zeitung „Wirt“ (1. Karlsruher Hofstraße) für die Einladung zur Eröffnung der im Hause Schillerstraße 22 neuerrichteten Hofstraße, dem städt. Oberlehrer, Herrn Dr. Carl, für die Herbeiführung eines Exemplars der von ihm veröffentlichten Schrift „Die Hüpferschule und ihre Verlehen“.

Dem städtischen Krankenhanje haben Leichhoff zugewendet: Frau Julie von Selened, Frau Professor S. Richard Wittne, und Herr Bauereidirektor Carl Rominger. Auch hierfür wird Dank ausgesprochen.

— Beschäftigungsgrad im Monat April 1910 nach den Nachweisungen der Anstalten. Am 1. Mai 1910 hatten 26 Anstalten der Stadt Karlsruhe einen Bestand von 38 155 verheirateten und 14 655 weiblichen Mitgliedern (darunter 14 655 weibliche) ausgewiesen. Das sind gegenüber dem 1. April d. J. 245 männliche weniger und 175 weibliche mehr und gegenüber dem 1. Mai 1909 27 männliche und 803 weibliche mehr.



